

# Der sächsische Erzähler,

## Zeigeblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Er scheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist ausschließlich der Mittwoch und Sonnabend erscheinenden „Bellustrirten Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1. 50 S., bei Zustellung ins Haus 1. 70 S., bei allen Postanstalten 1. 50 S. erscheinende Beilage. Einzelne Nummern kosten 10 S. Nummer der Zeitungspresse 6587.

**Versprechelle Nr. 22.**  
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unferen Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.  
**Dreihundschziger Jahrgang.**

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 S., die Reklamezeile 25 S. Geringster Inseratenbetrag 40 S. Für Wiederholung eingetragener Manuskripte usw. keine Gewähr.

Die Dampfschiffahrt des Unternehmers **Philipp** in **Söbda** wird am 16. und 17. dieses Monats auf den Kommunikationswegen zwischen **Söbda** und **Gaugig** und am 17., 19., 20. und 21. dieses Monats zwischen **Söbda**, **Böllau**, **Demitz-Thumitz**, **Schmölln** und **Tröbigau** verkehren. **B a u t z e n**, am 14. November 1908.

### Königliche Amtshauptmannschaft.

**Donnerstag, den 19. November 1908, nachmittags 1 Uhr**, sollen in **Oberneufkirch** folgende Gegenstände als: **39 Schoß Leinen-Garn Nr. 12 1/2**, gebil. Tom. Wehner usw. gegen Barzahlung versteigert werden. **Sammelort: Gasthof zur Krone. Bischofswerda**, am 16. November 1908. **Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.**

Die in den **Bidauer Kirchhallen** aufbereiteten **3 Stück Tischlernutzstücke** und **8 Brennhausen** sollen **Donnerstag, den 19. dieses Monats, vormittags 10 Uhr**, an Ort und Stelle meistbietend versteigert werden. **Sammelort: Kreuzung Wühl- und Bidauerweg. Bischofswerda**, am 16. November 1908. **Der Stadtrat.**

In dieser Stadt ist ein **herrenloser Hund** von mittlerer Größe **zugelassen**. Ansprüche bezüglich dieses Hundes sind binnen 8 Tagen beim unterzeichneten Stadtrat geltend zu machen, andernfalls der Hund nach Ablauf dieser Frist getötet wird. **Bischofswerda**, am 16. November 1908. **Der Stadtrat.**

### Ernstige Lage.

Wir leben augenblicklich in Deutschland im Zeichen ernstester Lage, dies zunächst und vor allem auf politischem Gebiete. Die mit den bekannten Veröffentlichungen zusammenhängende Kanzlerkrisis hat sich derartig zugespitzt, daß die Frage, ob der Reichskanzler Fürst Bülow noch weiter auf seinem Posten verbleiben oder aber zurücktreten wird, unmittelbar vor ihrer Entscheidung steht. An diesem Montag war ein Vortrag des Reichskanzlers in Kiel beim Kaiser angekündigt, wohin sich der Monarch nach Beendigung seines Jagdaufenthaltes in Donaueschingen begeben hat, um der Vereidigung der Marinerekruten der Ostsee-Station beizuwohnen. Ganz zweifellos handelt es sich bei der erwähnten Audienz des Reichskanzlers beim Kaiser um die Interpellationsdebatten des Reichstages über das Kaiser-Interview, in denen der Kanzler keineswegs eine sonderlich glückliche Rolle gespielt hat. Es mag unerörtert bleiben, ob Kaiser Wilhelm in der Tat so bestimmt gegen seinen ersten politischen Berater ist, weil er ihn, den Monarchen, nicht genügend über den Ernst der inneren politischen Lage informiert haben und bei den genannten Reichstagsverhandlungen auch nicht wirksam verteidigt haben soll. Genug, von der Kieler Zweifelsfrage zwischen Kaiser und Kanzler hängt die Entscheidung in der Kanzlerkrisis ab, ja, diese Entscheidung wird in ihren Wirkungen sogar vielleicht noch weiter reichen, ist es doch keineswegs unmöglich, daß sich aus der bloßen Kanzlerkrisis ein förmliches Zerwürfnis der kaiserlichen Gewalt mit den Bundesstaaten und dem Reichstage entwickelt. Deutschland erlebt also jetzt schicksalsschwere politische Lage. Zu ihnen gehören weiter auch die bevorstehenden nächsten Reichstagsitzungen, denn am 19. November beginnt in der deutschen Volksvertretung die Generaldebatte über die wichtige Reichsfinanzreform, welche parlamentarischen Verhandlungen wohl schon einigermaßen zeigen dürften, welche Aussichten eigentlich das an sich gewiß ja so notwendige Werk der gänzlichen Neugefaltung des Reichsfinanzwesens besitzt; mit berechtigter Spannung darf man daher überall dem Verlaufe den anhebenden bedeutsamen finanzpolitischen Verhandlungen des Reichstages entgegensehen.

Der Ernst des Tages hat sich jedoch für Deutschland im gegenwärtigen Moment auch noch auf einem anderen Gebiete, als dem politischen, geltend gemacht. Die furchtbare Katastrophe in der Grube „Raddob“ in Westfalen, bei welcher 360

arbeitsfreudige kräftige Bergleute den Tod gefunden haben, zeigt aufs neue die Unvollkommenheit menschlicher Einrichtungen und im speziellen der Schutzmaßnahmen in dem gefährlichen bergmännischen Betriebe. Ohne auf die Frage nach dem menschlichen Verschulden bei dem Unglück auf der „roten Erde“ an dieser Stelle näher eingehen zu wollen, muß doch wenigstens das Eine betont werden, daß es unerlässliche Pflicht der gesetzgebenden Faktoren ist, alles zu tun, was menschlicher Tatkraft und Einsicht möglich ist, um künftighin ähnlichen erschütternden Katastrophen nach Kräften entgegenzuwirken; offenbar läßt sich da noch so manches erreichen, um die in den Tiefen der Erde ihren schweren Beruf ausübenden Bergleute besser gegen die drohenden Gefahren zu schützen. Erhebend in all' dem Unglück von Raddob ist aber die innige Teilnahme, welche es in allen Kreisen des deutschen Volkes und auch auf dem Kaiserthron selbst begegnet; man darf die begründete Hoffnung aussprechen, daß die staatliche Fürsorge im Vereine mit privater Hilfsbereitschaft bestrebt sein wird, den Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute ausgiebig in ihrer Seimsuchung beizustehen. Mit besonderer Genugtuung darf ferner die Tatsache verzeichnet werden, daß die Katastrophe auf westfälischem Boden auch im Auslande herzliches Mitgefühl ausgelöst hat. Speziell begrüßt man in Deutschland die Teilnahmeleistungen von französischer Seite, wie das Beileidstelegramm des Präsidenten Fallières an Kaiser Wilhelm, die Beileidsresolution des Pariser Gemeinderates usw. mit aufrichtiger Genugtuung; zeigt es sich doch bei diesem Vorgange wiederum in erfreulicher Weise, wie gerade Zeiten großen menschlichen Unglücks geeignet sind, die Völker einander näher zu bringen. △

### Deutsches Reich.

Der Kaiser wird an diesem Montag nach Beendigung seines Donaueschinger Jagdaufenthaltes in Kiel erwartet, wo der Monarch der Vereidigung der Marinerekruten der Ostsee-Station beizuwohnen wünscht. Für den gleichen Tag war auch die Ankunft des Reichskanzlers Fürsten Bülow in Kiel zum Vortrage beim Kaiser signalisiert. Zweifellos handelt es sich hierbei vor allem um den Verlauf der Interpellationsdebatten des Reichstages über das Kaiser-Interview; von der Aufnahme der betreffenden Darlegungen des Kanzlers seitens des Kaisers dürfte es abhängen, ob Fürst Bülow weiter im Amte verbleibt oder

aber aus ihm scheidet. In den Berliner politischen und parlamentarischen Kreisen rechnet man allerdings wohl nirgends mehr mit einer noch längeren Amtsperiode Bülows, dazu gilt seine Stellung denn doch als allzusehr erschüttert, höchstens daß man hier und da annimmt, sein Rücktritt werde noch nicht sofort erfolgen. Andererseits indessen sollen sowohl das preussische Staatsministerium wie auch der für die auswärtigen Angelegenheiten bestehende Bundesratsausschuß in ihren vergangene Woche abgehaltenen Sitzungen sich auf die Seite des Kanzlers gestellt haben. Betreffs des preussischen Staatsministeriums wird sogar versichert, es habe beschlossen, nötigenfalls seine Gesamtdemission einzuzureichen, um hierdurch den Fürsten Bülow zu unterstützen, doch muß man noch abwarten, ob sich letztere sensationelle Nachricht bewahrheitet. Weitaus als selbstverständlich ist es zu bezeichnen, daß schon zahlreiche Persönlichkeiten als eventuelle Nachfolger des Fürsten Bülow genannt werden, doch kann es sich hierbei offenbar nur um Kombinationen handeln. Im Reichstage ist die Krisenaffäre vermutlich auch noch nicht abgetan, wenigstens läßt dies ein Zentrumsantrag erwarten, welcher die Verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Regelung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ersucht. Die sozialdemokratische Fraktion ist sogar noch „fixer“ gewesen und hat schon einen solchen Verantwortlichkeitsentwurf dem Reichstage eingereicht. Der sozialdemokratische Entwurf verlangt u. a., daß der Kanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag dies fordert, daher bei fahrlässigen Amtshandlungen vor einem aus Mitgliedern des Reichstages bestehenden Staatsgerichtshof zu erscheinen hat und daß er nicht nur seines Amtes für verlustig erklärt, sondern auch noch schadenersatzpflichtig gemacht werden kann. Der Reichstag wird jedoch diesen Entwurf schwerlich ernst nehmen.

Prinz-Regent Luitpold ist nach einer Münchener Meldung leicht erkrankt, weshalb auch die Hofafel, welche am Sonnabend im Münchener Residenzschloße stattfinden sollte, wieder abgesagt wurde. Es wird jedoch versichert, daß kein Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen vorliege.

Auf der Schichauwerft zu Danzig lief am Sonnabend mittag der neue Kreuzer „Colberg“ vom Stapel.

Von sozialdemokratischer Seite wurde am Freitag im Reichstage ein Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Verfassung des Deutschen Reiches eingebracht. Sinter Artikel 17 sol-